

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen							
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€	<i>neu 100%</i>						
1.	Anhebung Grundsteuer B von auf 390 % (d.h. 10% über Forderung (380% ab 2013) lt. RdErl. IM vom 08.05.2008)			105.000	115.000	115.000		Anhebung beschlossen
24.	Anhebung Grundsteuer B von auf 410 % ab 2015					215.000		Anhebung beschlossen
3./4.	Gewerbsteuer ab 2013 Steuersatz 395 %	278.000	537.000	193.000	193.000	193.000		Anhebung beschlossen
5.	Vergnügungssteuer ab 2013 auf 12 %, d.h. 2,5 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008			25.500	25.500	25.500		Anhebung beschlossen
8.	Mehrerträge durch Hundesteuerstaffelung ab zweitem Hund (siehe Bericht GPA für HJ 2010, TZ 2. b)	10.000	10.000	10.000	10.000		keine Anrechnung in 2015 (-10.000 €)	
9.	Mehrerträge Konzessionsabgaben			36.600	36.600	36.600		
10.	Ertrag Eigenkapitalverzinsung Eigenbetrieb Abwasser (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010, abgelehnt lt. Beschluss StVV 27.09.2012</i>)			97.000	97.000	97.000	keine Anrechnung in 2012 - -97.000 € StVV-Beschluss 27.09.2012	Beschluss ab 2013: Überweisung an die Stadt
11.	Ertrag Verkauf Grundstück Ernst-Barlach Platz (4 % Veräußerungserlös 434.900 €)		17.400	17.400	17.400	17.400		Beschluss wurde bereits gefasst
12.	Ertrag Verkauf Grundstück "Alter Bauhof" (4 % von Veräußerungserlös 483.900 €)			19.400	19.400	19.400		Beschluss wurde bereits gefasst
13.	Veräußerung Markt 6 und 8 lt. Beschluss StVV vom 09.09.2011 (4 % von 350.000 €)			14.000	14.000	14.000		
14.	Einnahmen aus Untervermietung Hans-Koch-Ring		29.300	75.600	75.600	75.600		
15.	Veräußerung nicht benötigter Ausgleichsflächen (4% vom Verkaufserlös)			24.700	24.700	24.700		wird grds. befürwortet, Beratung im Einzelfall im zuständigen Fachausschuss
23.	Erhöhung Hebesatz Hundesteuer auf 120 € ab 01.01.2013, d.h. 10 € über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012 je 1. Hund			13.300	13.300	13.300		Anhebung beschlossen

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
24.	Anhebung Grundsteuer B auf 410 % ab dem 01.01.2015					215.000		Anhebung beschlossen
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Anhebung Zweitwohnungssteuer 12 % ab 2013			300	300	300		Anhebung beschlossen
2.	Verpachtung Dachfläche Rathaus für eine Funkübertragungsanlage			3.500	3.500	3.500		Vermietung beschlossen
3.	Flächentausch Askanierhaus (4% von 6.700 €)		300	300	300	300		Beschluss gefasst
5.	Einzahlungen durch den Verkauf von Grundstücken (4 % 56.100 €)		2.200	2.200	2.200	2.200		Beschluss wurde bereits gefasst
6.	Veräußerung Hellerkamp (4 % von Veräußerungserlös 75.000 €)		3.000	3.000	3.000	3.000		Beschluss wurde bereits gefasst
7.	Anhebung Grundsteuer A auf 390 % ab 01.01.2013 (d.h. 30% über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012)			600	600	600		Anhebung beschlossen
	Anhebung Grundsteuer A auf 410 % ab 01.01.2015					800		Anhebung beschlossen
8.	Erhöhung Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			1.000	1.000	1.000		
						1.073.200		
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben							
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€							
1.	Einsparung Bewirtschaftungskosten durch Umzug Centa-Wulf-Schule		41.000	41.000	41.000	41.000		bereits umgesetzt
2.	Reduzierung Miete und Reinigung VHS			33.400	33.400	33.400		Beratungen im SoKA
3.	Vermietung der Kulturstätte "Amtsrichterhaus", Reduzierung der Unterhaltungskosten			47.400	47.400	47.400		Aufnahme als "Absichtserklärung", dass vermietet werden soll
4.	Reduzierung der Aufwandsentschädigung ab 10.2012 (<i>wird durch das IM befürwortet, Gespräch vom 06.09.2012</i>)		7.500	25.000	25.000	25.000	146.800	Entscheidung in der StVV am 23.11.12

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
B) Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€								
4.	Ausschreibung Versicherungen			7.500	7.500	7.500	1.227.500	Ausschreibung wird durchgeführt
C) Vorschläge der Fraktionen und Bürger								
8.	<p>Frequenz der Reinigungsarbeiten jeglicher Art reduzieren (außer öffentliche Toiletten) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Reinigung des Rathauses kostet tgl. 91 €, die der Grund- und Gemeinschaftsschule 450 €. Durch Reduzierung der Intervalle kann der dann entstehende Reinigungsaufwand zunehmen und die Kosten dadurch steigen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Idee, dass der Reinigungsumfang des Gymnasiums vertraglich geregelt ist und hier kein unmittelbarer Einfluss auf die Reinigungsintervalle genommen werden kann. Sollten bei anderen Schulen Reinigungsintervalle geändert werden, hätte dies die Differenzierung schulischer Bereiche zur Folge.</p>			€	€	€	Vorschlag zurückgezogen	
14.	<p>Stromkosten senken (Wettbewerb in den Schulen mit Belohnung) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Derartige Wettbewerbe wurden bereits in der Vergangenheit mit Erfolg in den Schulen durchgeführt. Mit dem neuen Energie- und Klimaschutzkonzept wird das Thema Stromkostensenkung auch wieder stärker in den Fokus gerückt.</p>			€	€	€	wird stetig weitergeführt	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
21.	Kommunaler Liquiditätsverbund [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hier wäre der Konsolidierungsvorschlag zu konkretisieren. Sollte gemeint sein, dass z. B. Kassenkredite durch kommunale Gebietskörperschaften gemeinsam zu bewirtschaften wären, wäre in diesem Zusammenhang eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bzw. des Landes Schleswig-Holstein erforderlich. Es ist aber davon auszugehen, dass diese "Bankgeschäfte" keine kommunalrechtliche Genehmigung erhalten würden			0	0	0		
26.	Dividendenzahlung Stadtwerke [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die wahrscheinlich gemeinte Gewinnausschüttung der Stadtwerke unterliegt gesetzlichen Bestimmungen und den Beschlüssen des Aufsichtsrates. Die Stadtwerke erwirtschaften keinen ausreichenden Gewinn. Um den Mindestgewinn auszuweisen wurde für das Jahr 2012 Verpflichtungen vortragen.			€	€	€		
28.	Vermietung städtischer Räume zu attraktiven Preisen [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Richtlinien und Satzungen liegen vor, Einnahmen werden erzielt			€	€	€		
31.	Fördertöpfe [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die angestrebte Verwaltungsstruktur, die zum 1.10.2012 umgesetzt werden sollte, sieht auch die verstärkte Auseinandersetzung mit der Zuschusseinwerbung von EU-, Bundes- und Landesmitteln vor. Tatsächlich konnten nur für nichtstädtische Projekte in Schwarzenbek im Rahmen der Aktivregion Sachsenwald Elbe bereits erhebliche Mittel eingeworben werden.			€	€	€		
32.	Netzentgelte [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Konzessionsverträge bestehen, Abgaben werden vereinnahmt			0	0	0		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
33.	Weihnachtliche Beleuchtung Rathausfenster Dekoration im Rathaus [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Einsparungspotential kann nicht beziffert werden, Umsetzung grundsätzlich möglich.</i>			0	0	0		
37.	Erbpacht [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bestehende Verträge werden laufend überprüft und im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten fortlaufend erhöht.</i>			0	0	0		
48.	Verkauf Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bei Verkauf zum Restwert von 684.509,76 € können 4 % des Verkaufserlöses in Ansatz gebracht werden (17.000 €).</i>			€	€	€		
49.	Verpachtung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bei Verpachtung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 63.475,00 €. Gespräche mit einem möglichen Pächter haben selbst einen Preis von 3,50 €/m² nicht zu erzielen vermocht.</i>			€	€	€		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer (*)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
50.	Vermietung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bei Vermietung der Dachgeschosswohnung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 5.019,70 €. Es war bisher nicht möglich, die Wohnung zu vermieten. Dies lässt es zumindest zweifelhaft erscheinen, dass eine Vermietung der Wohnung auch aufgrund des Zuschnittes tatsächlich möglich ist. Ferner ist die Nutzung des Objekt durch Vermietung der Wohnung eingeschränkt. Die Nutzung des Amtsrichterhauses ist vorrangig zu klären.			€	€	€		
55.	Verkauf der Realschule [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Pavillon wird zur Zeit genutzt, Fragen zur Heizungsanlage sind noch nicht gelöst, könnten aber im Rahmen des Energie- und Klimaschutzes aufgenommen werden. Der Wert des Grundstücks / Gebäudes beziffert sich in der Anlagenbuchhaltung auf 1.201.879 €, 4% hiervon sind ca. 48.000 €. Auch aufgrund der Situation betreffend der Veräußerung von Markt 6 und 8 kann wohl behauptet werden, dass dieser Wert bei der derzeitigen Marktlage keinen realistischer Ansatz zur Veräußerung darstellt.			€	€	€	*) siehe Stellungnahme der Verwaltung	
70.	Benutzungsgebühren überarbeiten / neu kalkulieren und bei Inanspruchnahme auch konsequent durchsetzen / anwenden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich sind ein Teil von Gebühren nach dem KAG zu kalkulieren. Dieser Aufgabe kommt die Stadt nach. Ein weiterer Teil wird vom Landesrecht festgesetzt, hierauf hat die Stadt keinen Einfluss. Z.B. schöpft der FB 1 Gebührenmöglichkeiten aus; Sondernutzung könnten nach Möglichkeit durch Verpachtung ersetzt werden;			€	€	€		
72.	Eigenbetrieb Abwasser ausgliedern in die Stadtwerke GmbH, dadurch Synergieeffekte nutzen und die Geschäftsführung reduzieren (nur 1 GF und je 1 Leiter der kaufm. und techn. Leitung erforderlich) [Vorschlag der CDU]			0	0	0		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der AR der Stadtwerke hat von dieser Idee aus rechtlichen Gründen Abstand genommen.							
75.	Verkauf ehem. Frauenhaus vor dem Herbst 2012, da keinerlei U- /Bewirtschaftungskosten mehr anfallen dürfen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Verkauf ist für 2012 geplant.			€	€	€	siehe B I. Nr. 6.	
82.	Private Beteiligung an öffentlichen Einrichtungen prüfen; unter festen Renditegesichtspunkten (z.B. maximal 2 % Rendite) ohne persönliche Einflussnahme (z.B. Stadtwerke, Eigenbetrieb Abwasser oder entsprechendes) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die vorgeschlagene Rendite liegt unterhalb der aktuellen Inflationsrate, daher dürfte sie für wenige interessant sein.			0	0	0		
94.	Stadtwerke ausbauen: Wasser / Abwasser / Bauhof / Energie / Gebäude / Grundstücke / Abwasser / Internet - auch Bewirtschaftung inkl. Reinigung und Hausmeister etc. Kooperation mit anderen Stadtwerken (Geesthacht) [Vorschlag der "Grünen"] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Abwasserversorgung ist aus gesetzlichen Gründen in öffentlicher Hand zu belassen. Siehe hierzu auch die Antwort der Verwaltung zur StVV vom 27.09.12.			0	0	0		
95.	Die Versorgung - Wasser / Gas / Strom (Leitungen und Netze) muss wieder in die öffentliche Hand. Flächen für erneuerbare Energien nutzen (Bürgergenossenschaft?) [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.	
96.	Der Bereich soll zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Aufsichtsrat durch die STVV zu wählen. Beteiligungen anderer öffentlicher Träger möglich. [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0		
98.	Vermarktung von ungenutzten Immobilien (Realschule / Markt 6 u. 8 / Bauhof etc. [Vorschlag der "Grünen"]			€	€	€	siehe I. 1 A 11., 12, 22.	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Vertragsverhandlungen für den Bauhof sind abgeschlossen, Markt 6 und 8 stehen zum Verkauf, auch hier werden Gespräche geführt, Konzept/ Nutzung Realschule muss entschieden werden							
99.	Die Stadt Schwarzenbek könnte Geld sparen, indem sie die seit Jahren leerstehende ehemalige Realschule sinnvoll nutzt. So könnte man auch durch Vermietung einzelner Gebäudeteile Einnahmen verzeichnen. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Zurzeit wird über die Nutzung des ehemalige Realschulgebäude beraten. Hierbei werden verschiedene Möglichkeiten betrachtet, z.B. das Gebäude zunächst in begrenztem Umfang weiter zu nutzen, aufzugeben oder zu veräußern. Ausschlaggebend werden die zu erwartenden Kosten bzw. Einsparungen sein. Der Vorschlag kann dahingehend erweitert werden, dass das Gebäude insgesamt veräußert wird. So würden neben der einmaligen Einnahme auch die sich im sechsstelligen Bereich befindlichen Unterhaltskosten entfallen			€	€	€	siehe C Nr. 55. und 98.	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
100.	<p>Wie bereits im letzten Jahr von mir angemerkt, die Wasseruhrenstände nicht mehr durch kostenpflichtige Ableser/innen ermittelt. Stattdessen könnte man wie schon seit Jahren praktiziert eine entspr. Bekanntmachung in den Tageszeitungen veröffentlichen, bis wann die Wasseruhrenstände telefonisch, per Fax, E-Mail o.ä. von den Verbrauchern an die Stadt gegeben werden müssen. Die dann noch fehlenden Angaben könnte man immer noch den Ableser/innen übermitteln. Somit würde man hier Personalkosten einsparen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ablesekosten belasten nicht den Städtischen Haushalt, weil die Wasserversorgung durch die Stadtwerken erfolgt. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit Zählerstände von den Verbrauchern ablesen zu lassen, jedoch ist hierbei zu bedenken, dass bei Selbstablesung erfahrungsgemäß eine höhere Fehlerquote bei der Ermittlung des Wasserzählerstandes vorlag.</i></p>			0	0	0		
101.	<p>Ich schlage eine Katzensteuer vor (100€ für nachweislich kastrierte/sterilisierte Katzen, 200€ für alle anderen), damit wäre a) ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, b) ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Tierhaltern und c) ein Beitrag gegen unkontrollierte Vermehrung und überlaufende Tierheime getan! [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Katzensteuer ist in vielen Gemeinden bereits erörtert worden. Bisher ist jedoch keine Gemeinde bekannt, die eine Katzensteuer erhebt. Das Vorhaben der Einführung einer Katzensteuer bedarf eines Genehmigungsverfahrens und bedeutet einen hohen Verwaltungsaufwand für die Erhebung. Der Nachweis von Katzen ist recht schwierig. Es ist auch zu befürchten, dass infolge einer Steuer immer mehr Katzen ausgesetzt werden könnten, die Kosten für das Tierheim steigen und die Katzenpopulation rasant ansteigen würde.</i></p>			0	0	0		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
103.	Sehr geehrte Damen und Herren, also mein Vorschlag wäre ähnlich wie in Hamburg eine Gebühr für den Bürgerservice. An- und Ummeldungen, Personalausweis Beantragung sind in Hamburg gebührenpflichtig. Warum nicht auch in Schwarzenbek. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Gebühren im Einwohnerwesen sind landesrechtlich geregelt. Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren ist daher nicht möglich.</i>			0	0	0		
104.	Da die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder (noch) nicht am Hungertuche nagen, wäre es denkbar, auf die üppigen Sitzungsgelder, die z.T. auch für nur kurzzeitige Teilnahme voll gezahlt werden, zu verzichten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, auch bei nur teilweiser Teilnahme oder bei kurzen Sitzungen, ist nach aktueller Rechtsprechung nicht zulässig. Möglich ist nur eine Absenkung der Höhe der Entschädigungen.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.	
112.	Die Stadt scheint weiter ein magischer Anziehungspunkt von Werbung auf öffentlichem Grund (also Plakate) zu sein. Um diesen "Wildwuchs" zu steuern, sollten hierfür die Sondernutzungsgebühren kräftig erhöht werden. Dies wird der Stadt gut bekommen; entweder finanziell oder zumindest optisch. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Sondernutzungsgebühren werden erhoben. Unberechtigt aufgestellte Schilder / Plakate werden u.a. von Mitarbeiter/Innen des Bauhofes entfernt.</i>			€	€	€		
116.	Mein Vorschlag, die Einnahmen zu erhöhen wäre, von diversen Betrieben, die städtischen Grund und Boden nutzen (sicherlich ohne Miete zu zahlen), eine Abgabe zu verlangen. Ich denke z.B. an NKD, die den Bürgersteig mit Kleiderständen zustellen, so dass die Fußgänger auf den Fahrradsteig ausweichen müssen und der Grill in der Möllner Straße, der den Bürgersteig mit einer hölzernen Terrasse zugebaut hat, so dass für Mütter mit Kinderwagen und Bürger mit Rollstuhl ebenfalls nur der Fahrradweg bleibt. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Vorschlag wird dahingehend geprüft, ob statt der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr alternativ eine Vermietung durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt erfolgen kann.							
118.	Auf der Homepage der Stadt Schwarzenbek gibt es eine Rubrik „Branchenbuch“. Man könnte sich eine Gebührenordnung schaffen, in der Gebühren für diese Einträge, vielleicht auch gestaffelt nach Unternehmensgröße/Umsatz/Gewerbsteuer erhoben werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Hinweis wird überprüft.			€	€	€		
119.	Meine persönlichen Vorschläge: Seit geraumer Zeit beobachte ich besonders beim Joggen, dass offenbar immer mehr Hundehalter der Meinung sind, dass ihre Hunde überall hinsch... können, wo sie wollen. Spricht man die Hundehalter an, muss man bald noch Angst um seine Gesundheit haben. Also die Hundesteuer mindestens verdoppeln, damit der Kreis der Hundebesitzer überschaubarer wird. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundlage der Steuersätze der Stadt Schwarzenbek ist der Erlass zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbedarfszuweisungen vom 02.07.2010. Auf Grundlage diese Erlasses sind die Steuern ggf. anzupassen.			€	€	€		
132.	In der Information: "Schwarzenbek mein Zuhause" las ich, dass jeder Bürger mit ca. 870 € verschuldet ist. Wie wäre es mit einer Aktion: Jeder Bürger, der diesen Betrag der Stadt spendet als "schuldenfrei" im Rathaus veröffentlicht wird. Ich denke, so mancher Bürger, oder Firma kann 870 € aufbringen. Wenn es nur 100 tun, wären das gleich 87.000 € Das Geld darf ausschließlich zur Tilgung verwendet werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diesen Vorschlag finden wir ausgesprochen interessant. Diese Idee hat die Verwaltung über eine Internetumfrage zur Diskussion gestellt.			€	€	€		
134.	Stadtvertreter könnten auch auf Ihre Sitzungsgelder verzichten. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.	

**Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015
 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses**

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: s. o. C Nr. 104.</i>							

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		
136.	<p>Guten Tag Herr Bürgermeister Ruppert. Ich nehme Ihren Aufruf, "Wo lässt sich sparen" im Schwarzenbeker Wochenblatt zum Anlass, Ihnen zu schreiben.</p> <p>Ich bin Mitglied bei den Fotofreunden Schwarzenbek und hatte am 18. April d.J. anlässlich unserer Fotoausstellung Wache im Amtsrichterhaus.</p> <p>Die Öffnungszeiten waren, wie sonst auch immer: Fr. Sa. und Sonntags von 15.00 bis 18.00 Uhr.</p> <p>Das ganze Haus war, als ich dort zu meiner Wache eintraf, sehr stark geheizt, so dass ich erst einmal die Fenster öffnen musste um frische Luft herein zu lassen.</p> <p>Da das Haus in der Regel nur 3 mal pro Woche für 3 Stunden genutzt wird, wäre es doch möglich, die Heizung in der übrigen Zeit auf Sparflamme laufen zu lassen. (Lässt sich sicher elektronisch regeln.) Ich kann mir vorstellen, das durch diese Maßnahme, ein erhebliches Maß an Heizkosten einzusparen wären. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Anlage ist so eingestellt, dass nur mit einer Mindesttemperatur geheizt wird. Bei Nutzung der Räumlichkeiten soll dann durch den betreffenden Nutzer die Anlage durch eine entsprechende Taste hochgefahren bzw. herunterreguliert werden. Auf Grund dieses Hinweises werden die Nutzer hierüber nochmals informiert.</p>			€	€	€		FA 15.11.2012

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		FA 15.11.2012
137.	<p>Bei der Grund- und Gemeinschaftsschule ist ein Dachüberstand, der von unten beleuchtet wird. Die Beleuchtung umfasst 23 Lampen, die alle abends brennen. Um 23 Uhr brennen diese noch. Vorschlag: die Beleuchtung ab einer Uhrzeit X auszuschalten oder auch einige Lampen herausnehmen aus der Schaltung. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Idee wurde zwischenzeitlich umgesetzt, die Beleuchtung wurde reduziert. Siehe auch C Nr. 138.</p>			€	€	€	Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen und umgesetzt.	
138.	<p>Bei den Fahrradständen an der GGS bleibt die Beleuchtung bis ca. 22:30 Uhr an. Um diese Uhrzeit würde aber keiner mehr mit dem Fahrrad vorbeikommen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Es wurde eine Reduzierung der Beleuchtung vorgenommen. Die Schaltzeiten konnten nicht verändert werden, da in den Abendstunden Schulen durch die VHS, Sportvereine oder Musikschule genutzt werden. Auf ein gänzlich Ausleuchten der Flächen kann nicht verzichtet werden.</p>			€	€	€	siehe Hinweise zu C Nr. 137.	
139.	<p>Bei der Realschule existiert ein Gaszähler (vor dem Heizraum). Dieser ist schon abgeklemmt und nicht mehr in Benutzung. Dafür, dass dieser aber noch existiert zahlen wir mtl. ca. 17,00 € an E.On. Der müsste nur ausgebaut werden. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Über die weitere Verwendung des Schulgebäudes wird künftig zu beraten sein. Da der Ausbau eines Zählers mit Kosten verbunden ist, sollte zunächst ein konsensfähiges Konzept erstellt werden. Bei der dann anstehenden Umsetzung wird auch die Notwendigkeit vorhandener Zähler zu beurteilen sein.</p>			€	€	€		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses

Ziffer (*)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	Beratungsergebnis
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		
140.	Grundstücksveräußerung Hellerkamp mit 100.000 € zu billig. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Stadt erwirbt und veräußert Grund und Boden auf Grundlage der Bodenrichtwertpreise. Der Wert von Objekten wird von unabhängigen Gutachtern, z.B. vom Gutachterausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg festgesetzt. Die Veräußerung erfolgt nach Höchstgebot.</i>			€	€	€	siehe I. B. Nr. 6.	FA 15.11.2012

*) In der Spalte "Ziffer" ist die laufende Nummerierung der Gesamtkonsolidierungsliste angegeben

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Die Maßnahmen, die im Jahr 2011 umgesetzt wurden, dürfen nur mit 50 % ihrer strukturellen (jährlich wiederkehrenden) finanziellen Auswirkungen in allen Jahren (2011-2012) angesetzt werden.

³ Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommener Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses unter Verringerung der Aufwendungen/ausgaben zu erfassen.

⁴ Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen, die 2012 umgesetzt wurden, sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2013 umgesetzt werden, für die Jahre 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2014 umgesetzt werden, für die Jahre 2014 und 2015, der Maßnahmen, die in 2015 umgesetzt werden, für das Jahr 2015.

⁵ Die Gesamtsumme der Spalte 7 gibt die strukturelle (jährlich wiederkehrende) Wirkung aller umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2015 an und soll mindestens 40 % des vorläufigen Richtwertes betragen.

Erläuterungen:

Berechnet wurden die Erträge aus Steuern, bei denen die Stadt Schwarzenbek über den laut Richtlinien notwendigen Hebesätzen Steuern erhoben hat.

Ferner bei der Hundsteuer die Mehrerträge aus den Festsetzungen für den zweiten und weitere Hunde.

Der Zuschuss an die Kindergärten reduziert sich auf die Zuschüsse für die Personalkosten.

Der RdErl. IM vom 08.05.2008 ist gültig bis zum 31.12.2012